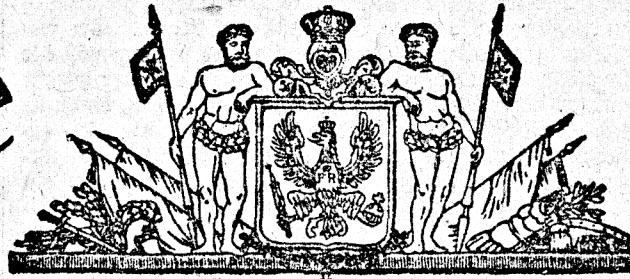


Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 292

Einigung in der Adriafrage.

Fiume und Zara Freistädte.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

th Lugano, 5. September.

Nach einem Pariser Bericht des „Secolo“ war zwischen Clemenceau und Tittoni schon vor der letzten Zusammenkunft mit Lloyd George bezüglich der Adriafrage eine vollständige Einigung erzielt worden. Lloyd George gab diesen Vorschlägen seine Genehmigung, und auch von der amerikanischen Abordnung wurden diese mit Sympathie betrachtet. Lloyd George und Clemenceau richteten nunmehr an Wilson eine Note mit dem Hinweis auf die Befürwortung der amerikanischen Abordnung. Man erwartet daher eine günstige Antwort Wilsons. Im gegenseitigen Falle werde... Lloyd George und Clemenceau erklären, daß die zwischen ihnen und Italien geschlossenen Vereinbarungen bezüglich des Adriaproblems, die an die Stelle des Londoner Vertrages getreten sind, für sie eine Ehrenpflicht bedeuten und daher von ihnen unbedingt eingehalten werden müssen, auch wenn Amerika nicht seine Zustimmung gäbe.

Ueber den Inhalt dieser Vereinbarung weiß der „Popolo d'Italia“ folgendes zu berichten: Die dalmatinische Stadt Zara wird als Freistadt unter dem Schutze des Völkerbundes der Verwaltung Italiens anvertraut, desgleichen Fiume, aber mit einer Verwaltung von fünf Kommissaren, nämlich zwei Italienern, zwei Jugoslawen und einem Rumänen. Von den zwei Jugoslawen soll einer von Jugoslawien und der andere vom Völkerbund ernannt werden. Endlich werden besondere Abmachungen den Handelsverkehr von Fiume und Triest regeln.

Tittoni für Rumänien.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Rom, 4. September.

Wie wenig die italienische Diplomatie an eine faktische Beilegung jener Elemente in Ungarn glaubt, die den Erzherzog Joseph aus der Verhaftung hervorholten, geht deutlich aus der Energie hervor, mit der Tittoni auf der Pariser Konferenz nach anfänglichem Schwanken für Rumänien eintrat. Clemenceau wollte eine Sondergesandtschaft nach Budapest schicken um Rumänien ein bestimmtes Ultimatum zu überbringen. Balfour schlug vor, eine Schiffsdemonstration im Schwarzen Meer damit zu verbinden. Balfour schloß sich beiden Vorschlägen an. Darauf machte Tittoni geltend, die Informationen des englischen Botschafters der Donauflotte, auf Grund deren solche Maßnahmen gegen Rumänien vorgeschlagen wurden, dürften nicht ganz stimmen, da sie zum Teil den Angaben der Ententevertreter in Budapest widersprechen. Er erklärte, er stimme gegen die Demonstration, bevor nicht die Antwort Rumäniens auf das Ultimatum vorliege. Clemenceau wollte hierauf wenigstens gleichzeitig den englischen Admiral nach Bukarest schicken, der sofort den

Wortlaut des Ultimatus unterstützen sollte. Tittoni aber erklärte sich auch hiergegen, da die Entsendung des englischen Admirals einer Flottendemonstration ohne Flotte gleichkomme. Clemenceau ließ jedoch nicht locker und forderte eine Bestimmung, die Balfour und Poll auf seine Seite brachte. Hierauf erklärte Tittoni, er könne keinerlei Verpflichtungen übernehmen und müsse alle Reserven für Italien aussprechen.

Das Ultimatum sollte nach Clemenceau fordern: das Aufheben der Requisitionen, das Verbot eines Sonderfriedens mit Ungarn und die sofortige Zurückziehung der rumänischen Truppen aus Ungarn. Während er gegen die beiden ersten Punkte nichts einzuwenden hatte, wandte sich Tittoni gegen die letzte Bedingung, da man Ungarn nicht sich selbst überlassen dürfe. Ferner hätte über den Zeitpunkt der Zurückziehung der rumänischen Truppen nicht die Konferenz, sondern die Generalkommission in Budapest zu entscheiden.

Die Konferenz beschloß die Vertagung der Angelegenheit.

Mario Passarigo.

Italien und Frankreich in Afrika.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 5. September.

Das „Giornale d'Italia“ bestätigt die Nachricht eines französischen Blattes, daß Italien darauf verzichtet habe, die ihm in Afrika auf Grund der Vereinbarungen des Londoner Vertrages als Kompensation für koloniale Gebietserweiterung Englands und Frankreichs angebotenen Gebiete Togo und Togo anzunehmen.

Die Zeitung kann nicht umhin, einige bittere Bemerkungen daran anzuknüpfen. Italien schlug bekanntlich vor, ihm jene Gebiete längs des Roten Meeres auszuliefern, die die italienische Kolonie Eritrea von der italienischen Niederlassung Somaliland trennen. Es kam also nach Süden hauptsächlich französisches Gebiet in Betracht. Und das italienische Interesse war besonders auf französisches Somali mit dem wertvollen Hafen Djibuti, der der beste Ausgangspunkt für eine wirtschaftliche Durchdringung Abessiniens ist. Dieser Forderung stellte die französische Regierung ein entschiedenes Nimmals entgegen. Nunmehr hat man also Italien dafür zwei Gebiete angeboten, die die Zeitung „Leichenmotten“ nennt.

Diese Gebiete, die an Fessan grenzen, wecken dem Blatt interessante Erinnerungen. Es schreibt: „Die italienische Unternehmung gegen Fessan war die Auswirkung eines wiederholten Druckes des französischen Botschafters Barrère, der um die algerischen Grenzen bangte. Wir gingen nach Fessan und stießen uns dort den Kopf wund. Sollen wir den Versuch abermals unternehmen, auf die durchaus nicht selbstlosen Anregungen Frankreichs und seines Botschafters einzugehen und uns in die neuen Gebiete treiben lassen, die man uns großmütig schenkt, damit wir im Sande umkommen?“ Tatsächlich scheinen die Kolonialfragen bisher nicht gelöst.

Siedlung durch Arbeit.

Von unserem Sonderberichterstatter
Ludwig Kapeller.

* Böhle, 5. September.

Wer, vor ein paar Tagen, den jugendlichen Hauptmann Detlev Schmude im Herrenhaus, vor dem Reichswehr-Wirtschaftsausschuß, vor ein paar hundert Delegierten der Reichswehrverbände, der aktiven und inaktiven Unteroffiziere, hat sprechen hören, in seiner schmucklosen, kindergleich-begeisterten Art, der mußte ihm unbedingt zustimmen; aber gleichzeitig schlichen sich mancherlei Bedenken in diese Zustimmung, Bedenken, die nicht entkräftet wurden, wenn man erfuhr, daß der kaum zweitunddreißigjährige Artillerieoffizier, unter seinen Kameraden als der „Kap-Katro-Schmude“ mit leisem Lächeln bekannt, kurz vor dem Kriege eine abenteuerliche Durchquerung Afrikas im Automobil vom Kap bis Kairo bis in die letzten Einzelheiten vorbereitet hatte, bis das unwürdige Amt diese „Provokation Englands“ kurzerhand unterlagte. Also: ein Planemacher, ein Schwärmer, dessen utopistische Ideen in Ihrem Schwung durch keinerlei praktische Sachkenntnis gehemmt werden... Seine Siedlungspläne bestehen durch ihr unbürokratisches Draufgängerturn, durch den verblüffend einfachen Gedankengang: wir heben, durch eigene Arbeit, die Förderung der Kohle; haben wir Kohle, so können wir Ziegel brennen, können bauen. Arbeitskräfte stellen wir selbst, soweit wenigstens, um die Uebersteuerung des Bauens auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Land stellt der Staat zur Verfügung, ein großer Teil der Lasten wird vom Reich, vom Staat, von den Unternehmern aufgebracht. Hat der Arbeiter sein Eigenheim, sein Stück Land, das seine Ernährung verbessert, so hebt sich die Arbeitsfreudigkeit und -fähigkeit von selbst, und damit die Kohlenförderung. Ausgedehnt auf die Kalibergrube, schafft dieses Siedlungssystem ein unbedingtes Mehr an den Urprodukten: Kohle und Kalk, hebt Industrie und Landwirtschaft, dämpft die Streiklust der Arbeiter, mildert, sie auf den Weg zu einem großen Ziele führend, ihre politischen Gegensätze, fördert also den inneren Frieden und fördert die Möglichkeit, die Siedlung, die heute noch unter dem Kohlenmangel leidet, allgemeiner durchzuführen.

Die Bedenken, die sich diesem an sich so einleuchtenden Plan entgegenstellen, sind vorwiegend praktischer Natur, und auf den ersten Blick mochte man dem jungen Artilleriehauptmann, der nur damals, zur Vorbereitung seiner Afrikareise, in einer Automobilfabrik ein paar Wochen praktisch gearbeitet hatte, nicht zutrauen, daß er die ganze Schwierigkeit seines Unternehmens übersehen. Aber ein Besuch in seinem Hauptquartier, in Böhle, hart an der braunschweigischen Landesgrenze, zwei Bahnstunden nordwestlich Magdeburg und im Mittelpunkt des norddeutschen Braunkohlenreviers gelegen, belehrt eines besseren und zerstreut viele der Bedenken, die zunächst grundsätzlich und entscheidend zu sein scheinen. Wenn auch noch immer genug Schwieriges zu überwinden übrig bleibt, zeigt doch die bisher in Böhle geleistete Arbeit, daß, wenn von allen Stellen, besonders von den Behörden, mit gutem Willen und ohne bürokratische Jaghaftigkeit gearbeitet wird, der Plan durchführbar und alle die erfreulichen Begleiterscheinungen auszulösen geeignet ist, die Schmude sich und seinen Anhängern verspricht.

Schmude, der selbst ein paar Wochen im Bergwerk gearbeitet, mit seinen Magdeburgern in halländischen Kaffeehäusern räumen gehaut und jeder Ausnahmestellung entgeht hat, diesem jungen Offizier ist es in wenigen Wochen gelungen, die Bergarbeiterschaft des ganzen Reviers zu gewinnen, daß sie heute, ohne Unterschied der politischen Partei, ohne das letzte Mißtrauen gegen den „Koste-Gardisten“ und — immer noch — aktiven Hauptmann, geschlossen hinter ihm steht. Und, gestützt auf dieses unbedingte Vertrauen, hat Schmude im Verein mit ein paar vorurteilslos Gleichgesinnten, einem Regierungsbaumeister Köster und einem bekannten Berliner Rechtsanwalt, eine Organisation geschaffen, die, über den Rahmen der örtlichen Verhältnisse hinaus, für unser ganzes Wirtschaftsleben von grundsätzlicher Bedeutung scheint.

Die „Siedlungs- und Arbeitsgemeinschaft Neu-Deutschland“, zunächst auf die um Böhle liegenden Braunkohlengruben beschränkt, gliedert sich in Ortsgruppen; an der Spitze des Hauptvorstandes arbeitet Hauptmann Schmude; er betreibt und leitet die Verhandlungen mit den Behörden, Unternehmern und Landwirten, erledigt die Schreibarbeiten, erstattet in den Ortsgruppenversammlungen Bericht, beruhigt die Ungebildeten, stärkt, mit seiner unergleichlichen Zuversicht, den Mut der Wartenden. Jede Ortsgruppe, mit ihrem selbstgewählten Vorsitzenden an der Spitze, sammelt die Bewerbungen ihrer Mitglieder um Errichtung einer Heimstätte, bearbeitet sie, sucht das geeignete Bauland und soll, wenn der Bau begonnen wird, für die Bildung von Arbeitsgruppen, von „Baugenossenschaften“ sorgen, in denen die Arbeiter, einer dem andern bei der Aufrihtung seines Seins tätig helfend, zusammengeschlossen werden. Zunächst ist noch alles im Werden und Entstehen; aber der eingeschlagene Weg zeigt deutlich das Ziel. Und die „S. A. G.“, wie sie sich nennt, hat bereits recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. So hat der Staat Braunschweig bereits sehr entschieden seine

Dr. Riedel Gesandter in Berlin.

In deutsch-österreichischen Kreisen verlautet bestimmt, daß als Nachfolger des bisherigen deutsch-österreichischen Gesandten Prof. Ludw. Hartmann Dr. Riedel in Aussicht genommen sei. So sehr der Fortgang des ebenso als Wissenschaftler wie als Politiker geschätzten Prof. Hartmann in allen deutschen Kreisen bewundert werden würde, so sympathischer Begrüßung wäre die Berufung Riedels auf den Berliner Gesandtschaftsposten sicher. Dr. Riedel, der in Oesterreich zuletzt das Handelsministerium verwaltete und Kommissar für die Ein- und Ausfuhr war, gilt als eine wirtschaftliche Autorität ersten Ranges und hat die handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland sowohl durch seine Sachkenntnis als durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und Gewandtheit gefördert.

Wien, 5. September. (W. L. B.)

Der Kabinettsrat beschloß nach der Beratung des Friedensvertrages solidarisch, der Nationalversammlung die Annahme zu empfehlen. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses berichtete Staatskanzler Kemmer über die Verhandlungen in Saint Germain und erklärte, es sei notwendig, den vorgelegten Vertrag zu unterzeichnen.

Die Großdeutsche Vereinigung beschloß einstimmig, die Zustimmung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages abzulehnen.

Serbien folgt Rumäniens Beispiel.

Drahtmeldung.

Haag, 6. September. (S. R.)

Aus Paris wird gemeldet: Die Friedensdelegation hat bereits Kenntnis von der Stellungnahme der serbischen Regierung erhalten, die den österreichischen Friedensvertrag nicht unterschreiben wird, und zwar genau wie Rumänien, weil sie den Passus über den Schutz der Winderheiten als eine Einmischung in Serbiens Souveränitätsrechte betrachtet.

Die Auffassung aller Delegierten ist, daß es jetzt unmöglich sein werde, die Grenz- und Wirtschaftsfragen im nahen Osten so zu regeln, daß die verschiedenen Staaten sich damit zufrieden geben. Man fürchtet sogar, daß es trotz der Autorität des Völkerbundes nicht ohne Krieg abgehen wird. Serbien und Rumänien stellen sich beide auf den Standpunkt, daß, solange Amerika auf der Monroelehre beharrt, die Vereinigten Staaten das erste Land sein müßten, das die Auffassung der Serben und Rumänen anerkennt und ihnen das Recht zuerkennt, ihre eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung zu regeln.

Die Blockade gegen Rußland.

Drahtmeldung.

Stockholm, 5. September. (W. L. B.)

Der schwedische Dampfer „Frey“ ist von einem Finnländer nach Hangö aufgebracht worden, weil er mit Waren nach Petersburg unterwegs war. Der Vorfall macht die Frage, ob gegen Rußland eine Blockade besteht, zu einer dringlichen. Hinter dem finnländischen Vorgehen dürfte die Entente stehen.